

Postulat: Weniger private Sicherheitsdienste, mehr aufsuchende Sozial- und Konfliktarbeit

Alice Kropf, SP; Fraktion SP; Lara Müller, die Mitte; Noëmi Porfido und Cloe Weber, Grüne

Antrag

Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen, den nächtlichen Ordnungsdienst Innenstadt und die Patrouillen der privaten Sicherheitsdienste rund um Schulen und in öffentlichen Parks zugunsten einer aufsuchenden Sozial- und Konfliktarbeit (ASKA) aufzuheben.

Begründung

Seit der Umsetzung des Projekts „Nachtruhe“, wozu auch der Ordnungsdienst in der Innenstadt gehört, sind die Klagen von Anwohnenden deutlich zurückgegangen. Besonders seit der Covid-19-Pandemie ist zudem festzustellen, dass es im Nachtleben der Thuner Innenstadt noch ruhiger geworden ist, u.a. durch das veränderte Ausgehverhalten von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Durch die Schliessung der Mundwerk Kulturbau ging zudem ein beliebtes Ausgehlokal in der Innenstadt verloren. Auch andere Bars und Clubs haben mit den Veränderungen zu kämpfen. Sie beteiligen sich mit einem wesentlichen Beitrag an den Kosten des nächtlichen Ordnungsdienstes. Durch den Wegfall der Kostenbeteiligung könnten die Gastrobetriebe entlastet werden, denn die ASKA ist vollständig von der Stadt zu finanzieren, ihr Aufgabenbereich ist wesentlich breiter als jener der privaten Ordnungsdienste. Er soll sich an jenem der aufsuchenden sozialen Arbeit der Stadt Bern orientieren (Pinto – Prävention, Intervention, Toleranz¹), welche seit 20 Jahren besteht.

Verstösse gegen die Nachtruhe halten sich in engen Grenzen. Für Ärger sorgen hingegen immer noch die menschlichen Wildpinkler. Illegales Urinieren ist denn auch die häufigste Ursache für Interventionen der privaten Sicherheitsdienste. Für die Postulant:innen ist es jedoch nicht verhältnismässig für dieses Fehlverhalten einen Sicherheitsdienst zu finanzieren. Bei der Intervention bei Konflikten sorgen meistens die Hunde der Berner Hundesecurity für mehr Lärm als die Raufbolde und meistens muss die Polizei avisiert werden. Eine ASKA könnte dank professioneller Ausbildung viele Konflikte auch ohne Beizug der Polizei lösen.

Im Perimeter rund um den Bahnhof/Inseli, wo sich in zeitlichen Abständen immer wieder soziale Brennpunkte herauskristallisieren und mit Beschwerden aus der Bevölkerung einhergehen, geht die Stadt primär repressiv vor. Dies führt dann jeweils zu einer kurzen Beruhigung der Situation, bis sie sich wieder verschärft. Eine regelmässige ASKA könnte das Problem nachhaltiger entschärfen.

In der Stadt Thun fehlen Freiräume fast vollständig. Unterdessen ist wohl fast jeder Quadratmeter in irgendeiner Form überwacht – auch rund um Schulen und in den öffentlichen Parks patrouillieren im Auftrag der Stadt private Sicherheitsdienste, um die Bürger:innen u.a. vom Liegen vor dem Schloss Schadau abzuhalten. Allfällige Nutzungskonflikte könnten auch hier mit einer aufsuchenden sozialen Arbeit zielführender gelöst werden.

Die Postulant:innen stehen der Privatisierung von relevanten Sicherheitsaufgaben grundsätzlich kritisch gegenüber und sehen hier ganz klar die Polizei als zuständig. Die privaten Sicherheitsdienste bewegen sich zudem bei der Erfragung der Identität von Personen mit fehlbarem Verhalten im rechtlichen Graubereich.

Interventionen bezüglich störendem Verhalten, Nutzungskonflikten oder bei sozialen Brennpunkten sollten von Fachpersonen (Sozialarbeiter:innen, Sozialpädagog:innen) ausgeführt werden, welche für Personen mit psychischen Problemen oder Abhängigkeitserkrankungen zudem niederschwellig erste Ansprechpersonen sein könnten für Beratung und Unter-

stützung. Eine enge Zusammenarbeit mit der aufsuchenden Jugendarbeit (insbesondere für Einsätze rund um Schulen), der Arbeitsgruppe Schadenminderung, der Plattform Gesundheit und Sucht sowie der Jugendpolizei ist sinnvoll.

Ein nächst möglicher Zeitpunkt für die Neuausrichtung der Interventionen im öffentlichen Raum ergibt sich aus dem Leistungsauftrag an den nächtlichen Ordnungsdienst, welcher im Jahr 2028 endet. Der Verkehrsdienst Innenstadt ist vom Prüfungsauftrag ausgenommen.

¹ <https://www.bern.ch/politik-und-verwaltung/stadtverwaltung/bss/familieundquartier/pinto-praevention-intervention-toleranz>

Dringlichkeit: wird nicht verlangt

Thun, 3. Juli 2025

